Geschrieben von: Lorenz
Freitag, den 30. August 2013 um 04:22 Uhr

Die neue rot-grüne Landesregierung habe nicht einmal "kommuniziert"

Mit 15.000 Unterstützer-Unterschriften die Ministerien alarmiert - jetzt gibt die Hamelner Patienteninitiative resignierend, aber nicht ohne Stolz auf

Von Ralph L o r e n z

Hameln (wbn). Sie haben über Jahre hinweg tapfer für ein gemeinsames Ziel gekämpft und haben es dennoch nicht erreicht – die Mitglieder der Patienteninitiative Hameln-Pyrmont. Jetzt wenden sie sich mit einem letzten Infobrief an die Öffentlichkeit und verlassen gleichwohl mit Stolz die Bühne.

Mit 15.000 gesammelten Unterstützer-Unterschriften gelang es ihnen zunächst Ministerien in Hannover und in Berlin zum Zuhören zu zwingen. Doch die Ministerialbehörden – so die bittere Erkenntnis der Frauen aus dem Weserbergland - haben sich gegenseitig die Zuständigkeiten zugeschoben und nichts daraus gelernt. Die neue rot-grüne Landesregierung in Hannover hat mit den hilfesuchenden Patienten aus dem Raum Hameln-Pyrmont nicht einmal kommuniziert. Dabei wollen die Hilfesuchenden doch nur wieder mehr als „Mensch und weniger als Kunden wahrgenommen werden“.

Fortsetzung von Seite 1

Die Weserbergland-Nachrichten.de veröffentlichen nachfolgend den Abschiedsbrief im Wortlaut. Als Dokument von Behördenignoranz: „Lang ist unser letzter Infobrief her und offen gestanden, sind und werden wir nicht mehr aktiv sein. Um es mit Brecht auszudrücken: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Unser Ziel, dass PatientInnen mit Brustkrebs (oder anderen Erkrankungen) den Arzt der eigenen Wahl in Hameln-Pyrmont (oder woanders in Deutschland) aufsuchen können, haben wir nicht erreicht. Trotzdem haben wir es versucht und viele, viele haben uns dabei unterstützt. Wir haben es gemeinsam versucht, und würden es genauso wieder tun!

Wir haben Listen mit rund 15.000 Unterschriften im November 2012 an das niedersächsische Sozialministerium weitergegeben, welches diese an den Gemeinsamen Bundesschuss der

Bundesregierung (GBA) weitergeleitet hat. Der letztere hat die Verantwortung wieder an die niedersächsische Landesregierung überantwortet. Diese hat inzwischen gewechselt. Weder GBA noch Landesregierung haben nachfolgend mit uns kommuniziert, und wie gesagt, wir wollen auch nicht mehr.

Bestehen bleibt unser Wunsch der freien Arztwahl, einer tragfähigen Verknüpfung von ambulanten und stationären sowie spezialisierten Versorgungsstrukturen und die Hoffnung, unser Brustzentrum in Hameln möge Bestand haben. Dazu gehört aus unserer Sicht zwingend, dass Klinken und niedergelassen Ärzte in Hameln (oder sonst wo) für PatientInnen zusammen arbeiten, ehrlich miteinander umgehen, Versäumnisse eingestehen und letztlich PatientInnen wieder mehr als Mensch und weniger als Kunden wahrgenommen werden.

Mit herzlichen Grüßen G. Hölscher, G. Schwiegmann, B. Mehren, E. Busse und A. Hahne“